

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**



Stand Juni 2012

DGB Positionspapier

Wirtschaft in der Schule – Was sollen unsere Kinder lernen?



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung:
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Verantwortlich:
Ingrid Sehrbrock

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030-240 60-648
Telefax 030-240 60-410
e-mail:
jeanette.klauza@dgb.de

Schule soll auf das Leben vorbereiten – darin sind sich alle einig. Doch gerade beim Thema Wirtschaft zeigt sich, wie unterschiedlich – je nach politischem Standpunkt – Inhalte und Botschaften formuliert und bewertet werden. Müssen Beschäftigte ihre eigenen Interessen den Unternehmenszielen ihres Arbeitgebers unterordnen? Sind Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen wichtige Institutionen für einen fairen Interessenausgleich im Betrieb? Ist das Betriebsverfassungsgesetz notwendige Basis für Mitbestimmung im Betrieb oder Hindernis für erfolgreiches Wirtschaften? Sind Lebenschancen und Wohlstand gerecht verteilt? Das sind Fragen, die je nach politischem Interesse unterschiedlich beantwortet werden können. Deshalb ist es wichtig, ökonomische Fragestellungen immer im politischen und sozialen Kontext zu betrachten. Das muss ein guter Unterricht an allgemeinbildenden Schulen leisten.

Forderungen nach einem Fach Wirtschaft sind nicht zeitgemäß

Seit geraumer Zeit wollen eine Reihe von Wissenschaftlern, Unternehmen, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden ein eigenständiges Unterrichtsfach Wirtschaft in den allgemeinbildenden Schulen etablieren. Aus Sicht der Gewerkschaften ist die damit verbundene Vorstellung davon, wie die wirtschaftliche Kompetenz von Schülerinnen und Schülern zu stärken sei, einseitig und unzureichend, da etwa politische und soziale Zusammenhänge nicht oder nicht ausreichend einbezogen werden. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften sehen diese Herangehensweise skeptisch und plädieren stattdessen für eine umfassende sozioökonomische Bildung.

DGB und BDA forderten 2000 in einem gemeinsamen Memorandum¹ die Einführung des Faches Wirtschaft im Pflichtbereich aller Schulen der Sekundarstufe I und eine angemessene Weiterführung in der Sekundarstufe II. Ziel dieser Forderung war es, Schülerinnen und Schülern aller Schularten die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und Konflikte zu vermitteln und sie zu befähigen, ihre Interessen formulieren und solidarisch vertreten zu können. Das Memorandum verfolgte somit einen weitgefassten, sozialwissenschaftlich orientierten Begriff ökonomischer Bildung.

Seit diesem Vorstoß von DGB und BDA hat sich im Bereich der ökonomischen Bildung in allgemeinbildenden Schulen viel getan: In vielen Bundesländern wurde sie in den Lehrplänen (curricular) gestärkt. Zugleich verlangten in den vergangenen Jahren Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie wirtschaftsnahe Institute immer vehementer nach einem Unterrichtsfach Wirtschaft und haben hierzu umfassende Bildungsstandards für den Unterricht und die Lehrerbildung vorgelegt². Dabei unterscheiden sich ihre inhaltlichen Forderungen deutlich von denen der Gewerkschaften. Das geforderte Schulfach wird in der Regel auf eine sehr eng geführte wirtschaftswissenschaftliche Sichtweise (Stichwort: Homo oeconomicus) und die Leitvorstellung von Markteffizienz verkürzt. Ein solches Konzept hat nichts mehr mit dem ganzheitlichen und mehrdimensionalen Unterricht zu tun, wie er in der Vorstellung einer sozioökonomischen Bildung formuliert ist:

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, eigene Vorstellungen von einem guten Leben und ihren Anforderungen an die Wirtschaftswelt zu entwickeln. Sie müssen mit den wichtigen Problemen der Gesellschaft, der Umwelt und der Wirtschaft konfrontiert werden und unter-

¹ Memorandum: Wirtschaft – notwendig für schulische Allgemeinbildung. Gemeinsame Initiative von Eltern, Lehrern, Wissenschaft, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Berlin, August 2000

² Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen. Bildungsstandards, Standards für die Lehrerbildung. Studie im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der deutschen gewerblichen Wirtschaft unter Vorsitz des ZDH. 2009/2010 (www.zdh.de)

schiedliche Lösungsstrategien und Handlungsmöglichkeiten kennenlernen. Schülerinnen und Schüler sollten in der ökonomischen Bildung beispielsweise etwas über die Zunahme prekärer Beschäftigung, die in Deutschland auch im internationalen Vergleich starke Abhängigkeit von sozialer Herkunft und beruflichem Erfolg, die zunehmend ungleiche Vermögensverteilung oder die Besetzung fast aller Leitungspositionen durch Männer erfahren.

Schülerinnen und Schüler sollten die Schule als verantwortungsbewusste Verbraucher/innen und nicht als „scheinaufgeklärte“ Kundinnen/Kunden verlassen. Sie sollten die verschiedenen Facetten des Wirtschaftslebens verstanden haben und für sich bewerten können. Dazu gehört beispielsweise, die Effizienzgewinne einer Marktwirtschaft ebenso zu sehen, wie die ökologischen und sozialen Verwerfungen die entstehen können, wenn Märkte ohne politische Regeln bleiben. Gleiches gilt für Innovationen in Unternehmen, die ein Fluch oder auch ein Segen für die abhängig Beschäftigten sein können.

Schülerinnen und Schüler auf die Arbeitswelt vorbereiten

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften wollen, dass Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Sie sollen ihren beruflichen und privaten Lebensweg aktiv und eigenverantwortlich gestalten können. Dazu gehört auch, dass sie schon vor der Berufswahl wissen, welche unterschiedlichen Interessen es in der Wirtschaft gibt. In einer Welt, die zunehmend in allen Lebensbereichen von Vermarktlichung und Konkurrenz geprägt ist und in der gesellschaftliche Problemlagen als individuelle Defizite und Defekte erscheinen, müssen junge Menschen auch die Gelegenheit haben, kooperative Umgangsformen zu lernen, gemeinsame Interessen zu erkennen, zu vertreten und solidarisches Handeln einzuüben. Die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers und deren Mitsprachemöglichkeiten zu kennen, ist dabei umso wichtiger, da die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler später diese Rolle im Arbeitsleben einnehmen wird. Bereits vor dem Eintritt ins Arbeitsleben sollten sie erfahren haben, dass Gewerkschaften, Betriebsräte und Jugendvertretungen die Interessen der Beschäftigten in der Wirtschaft vertreten und dass es wichtig ist, sich allein und in der Gemeinschaft für seine Interessen einzusetzen. Diese Lerninhalte müssen in den Lehrplänen und Schulbüchern für die allgemeinbildenden Schulen kontinuierlich über alle Klassenstufen hinweg festgeschrieben sein.

Die von Seiten der Wirtschaft vorgeschlagenen Bildungsstandards für ein Fach Wirtschaft widersprechen diesem ganzheitlichen Bildungsansatz. Das Gründen eines Unternehmens, die Geldanlage oder die Gestaltung einer privaten Finanz- und Altersversorgung sind zwar wichtige Themen. Die Bildungsstandards greifen aber insgesamt zu kurz, sie sind fachlich und politisch einseitig und können nicht beanspruchen, jungen Menschen die für ihr zukünftiges Leben in der Wirtschafts- und Arbeitswelt notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Da sie einseitig nur die „ökonomische“ Denkweise vermitteln, verhindern sie, dass die Lernenden die Ökonomisierung von Gesellschaft und Politik reflektieren und beurteilen und eigene Vorstellungen von einer humanen Wirtschaft entwickeln.

Sozioökonomische Bildung statt eindimensionaler Betriebs- und Volkswirtschaftslehre

Statt eines eindimensional strukturierten auf Betriebs- und Volkswirtschaftslehre reduzierten Fachs „Wirtschaft“ ist eine sozioökonomische Bildung in der Schule wichtig, die auf Selbsterkenntnis, kritisch reflektiertem Handeln und sozialer wie auch ökologischer Verantwortung basiert. Dies ist in schon bestehenden Fächern wie Politik, Arbeitslehre, Geschichte oder in entsprechenden Kombinationsfächern verortet, muss aber weiter verbessert werden. Sozioökonomische Bildung verzahnt die Inhalte der verschiedenen Fächer und behandelt ökonomische Fragestellungen in unterschiedlichen Zusammenhängen, Einflüssen und Bezugsdisziplinen. Auch vor dem Hintergrund bereits voller Stundentafeln und der großen Stofffülle ist es nicht zweckdienlich, neue Einzelfächer zu konstruieren. Die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler sind heute schon immens. Wer ein zusätzliches Unterrichtsfach Wirtschaft fordert, muss sagen, auf Kosten welcher Fächer oder welcher anderen Inhalte die zusätzlichen Unterrichtsstunden gehen sollen.

Neben der Lobbyarbeit für ein Fach Wirtschaft und entsprechende Bildungsstandards versucht die Privatwirtschaft Unterrichtsinhalte über Lehrmaterialien zu beeinflussen. Vom Bankenverband bis zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Arbeitgebernahe Institutionen und Organisationen überfluten die Schulen mit kostenlosen Unterrichtsmaterialien – häufig unterstützt von staatlichen Stellen, Universitätsinstituten oder wirtschaftsnahen Stiftungen und Medienverlagen. Ihr Ziel ist es, das eigene Wirtschaftsverständnis in den Schulen zu verankern. Ihre Begründung: die bisherigen Lehrbücher sähen die unternehmerische Wirtschaft zu kritisch und setzten nicht die richtigen Schwerpunkte. Zudem seien die Schülerinnen und Schüler zu wenig auf die Arbeitswelt vorbereitet. Auch fehle ihnen wirtschaftliches Verständnis und nicht zuletzt ausreichende Kenntnisse über den Finanzmarkt. Zudem scheinen zahlreiche Lehrmaterialien zur Finanzbildung das Ziel zu verfolgen, das durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise gestörte Vertrauen in die Märkte und die Finanzindustrie wieder zu stärken ohne auch nur annähernd die Ursachen der Krise und die zukünftigen Risiken zu behandeln.

Keine einseitige Meinungsbeeinflussung in der Schule

Flankiert durch regelmäßige Auftragsstudien, die erschreckende Wissenslücken junger Menschen in Wirtschafts- und Finanzfragen belegen sollen, macht es die chronische Unterfinanzierung des staatlichen Schulwesens den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden leicht, Abnehmer für ihre Materialien im Schulbereich zu finden: ihre Unterstützung wird von den Schulen nicht selten dankbar aufgenommen – gerade wenn Fachlehrer/innen fehlen. Damit erhalten Wirtschaftsverbände und Unternehmen einen direkten Zugang zu Schülerinnen und Schülern und können deren Verständnis von Wirtschaft und Arbeitswelt ganz in ihrem Sinne prägen.

Diese immer vielfältigeren Versuche, den Bildungsauftrag von Schule und die Vorstellungen junger Menschen von der Wirtschaftswelt interessegeleitet in eine Richtung zu lenken, sind nicht akzeptabel. Wir vertrauen zwar der Urteilsfähigkeit von Lehrer/innen und Schüler/innen gegenüber derlei Manipulationsversuchen: Einseitige Einflussnahmen allerdings sind grundsätzlich abzulehnen und auch manipulative Materialien haben an Schulen nichts verloren.

Der DGB und die Gewerkschaften formulieren folgende Eckpunkte für sozioökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen:

1. Der Themenbereich Wirtschaft an Schulen soll im Rahmen einer umfassenden sozioökonomischen Bildung behandelt werden, die auch die politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen, rechtlichen und ethischen Dimensionen enthält. Dabei sind sowohl die verschiedenen wirtschaftlichen Theorien, wie auch die sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Bezugsdisziplinen grundlegend.
2. Eine besondere Bedeutung kommt der Vorbereitung junger Menschen auf die Arbeitswelt und ihrer persönlichen Lebensplanung zu. Schülerinnen und Schüler sollen zu kritischer Urteilsbildung befähigt werden, um in einer von Interessensgegensätzen geleiteten Gesellschaft eigene Standpunkte finden und vertreten zu können. Der DGB hält an einem Bildungsanspruch fest, der die Welt als gestaltbar vermittelt und junge Menschen zu kritischer Partizipation und Mitbestimmung befähigt und ermuntert.
3. Einem solch umfassenden Bildungsanspruch wird ein separates Fach Wirtschaft nicht gerecht. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wenden sich insbesondere gegen die derzeitigen Bestrebungen aus den Kreisen der Wirtschaft, ein monodisziplinäres ökonomisches Fach einzuführen. Sozioökonomische Bildung soll vielmehr interdisziplinär, fächerübergreifend und -verbindend, lebens-, welt-, problem- und handlungsorientiert gestaltet werden.
4. Unterrichtsmaterialien dürfen nicht zur Selbstdarstellung und für die eigene Interessenspolitik missbraucht werden. Der Grundkonsens³ politischer Bildung darf nicht aufgegeben werden und muss auch Maßstab zur Beurteilung von Unterrichtsmaterialien sein: Unterricht darf Schülerinnen und Schüler nicht manipulieren, sondern muss verschiedene Positionen und Perspektiven aufgreifen, schülerorientiert sein und die Schülerinnen und Schüler befähigen, ein eigenständiges Urteil zu entwickeln.
5. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stehen für das Primat der Politik gegenüber der Ökonomie. Für den Bildungsauftrag der Schulen bedeutet dies, die dienende Funktion der Wirtschaft für die Gesellschaft und die Menschen zu betonen. Wir fordern von den politischen Verantwortungsträgern, dass dem Lobbyismus an Schulen und der Dominanz wirtschaftlicher Interessen – etwa bei der Belieferung von Schulen mit einschlägigen Unterrichtsmaterialien oder auf dem Feld der Praxiskontakte und Lernpartnerschaften – Einhalt geboten wird. Die Förderung von Bildungsmaterialien und Initiativen von Seiten der Wirtschaftsverbände und Unternehmen durch Kooperationsverträge mit Schulbehörden und Kultusministerien muss gestoppt werden. Es ist nicht vertretbar, dass einseitige Sichtweisen über wirtschaftliche Abläufe und Strukturen staatlich gefördert werden.
6. Der DGB regt in einem ersten Schritt eine staatlich verantwortete Monitoringstelle an, die einschlägige Materialien, Schulbücher, Kooperationen und Angebote der Lehrerfortbildung im Bereich der ökonomischen Bildung auf ihre Qualität, Ausgewogenheit und Multiperspektivität hin prüfen und Empfehlungen für Lehrende und Lernende im Bildungsbereich ausspricht. Die Kosten einer Prüfung und eine etwaige Zertifizierung sind vom jeweiligen Anbieter zu tragen. Darüber hinaus soll offengelegt werden, wer in welchem Umfang die jeweiligen Materialien und Aktivitäten finanziert.

³ DGB und Gewerkschaften fordern die Einhaltung der Grundprinzipien des Beutelsbacher Konsens von 1976 (Indoktrinationsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung).

7. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern muss einen interdisziplinären Ansatz sozioökonomischer Bildung realisieren. Sozioökonomische Kompetenzen lassen sich nicht einseitig aus der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre ableiten. Andererseits benötigen Lehrerinnen und Lehrer die Fähigkeit, die unterschiedlichen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen zu verstehen und sie im Hinblick auf den Bildungsauftrag der Schule im Unterricht zu thematisieren. Lehrerinnen und Lehrer müssen durch eine auch praxisorientierte Ausbildung befähigt werden, die komplexen Zusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft in einer schülerorientierten Unterrichtspraxis zu übersetzen.
8. Der DGB und die Gewerkschaften treten ein für eine gerechte und zukunftsfähige Schulpolitik im Sinne der Kinder der Beschäftigten und Arbeitslosen. Unser Ziel ist ein am Individuum orientiertes Bildungswesen, das allen Kindern die gleichen Chancen auf gute Bildung ermöglicht. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern sowie allen am Schulleben Beteiligten. Im Rahmen der gewerkschaftsübergreifenden **Initiative Schule und Arbeitswelt**⁴ machen wir Schulen unterstützende Angebote und fördern schulpolitische Aktivitäten vor Ort.

⁴ In der Initiative Schule und Arbeitswelt sind der DGB und die Gewerkschaften GEW, IG BCE, IG Metall und ver.di aktiv.
www.schule.dgb.de